

Donnerstag, 22. Dezember 2022 Göttingen

40 Menschen demonstrieren vor Neuem Rathaus gegen Zwangsäumung

In Grone soll die elfköpfige Familie Rama ihr Haus verlassen, das laut Stadt sanierungsbedürftig ist / „Vorgeschobene Gründe“, meinen die Demonstranten

Von Sönke Matschurek



Am Mittwoch versammelten sich rund 40 Menschen vor dem Neuen Rathaus, um gegen die mögliche Räumung der Familie Rama in Grone zu demonstrieren. Foto: Sönke Matschurek

Göttingen. Rund 40 Menschen haben sich am Mittwochmittag vor dem Neuen Rathaus in Göttingen versammelt, um gegen die mögliche Räumung einer elfköpfigen Familie aus Grone zu demonstrieren. Mit Schildern und Bannern solidarisierten sich die Demonstranten mit der Familie Rama, die seit zwölf Jahren in einem Haus an der Königsallee in Grone lebt, das der Stadt gehört. Vergangene Woche ließ die Familie einen von der Stadtverwaltung geforderten Räumungstermin verstreichen, ohne auszuziehen.

Schon da hatte sich eine Mensentraube im Vorgarten des Hauses versammelt und dazu beigetragen, eine mögliche Räumung zu verhindern. „Wenn ihr Menschen auf die Straße setzen wollt, dann rechnet mit unserem Protest“, sagte Luca von „Genug ist genug“ bei der Kundgebung ins Mikrofon. Mehrere Rednerinnen und Redner ergriffen das Wort und sprachen sich gegen Zwangsräumungen aus – unter anderem von der Basisdemokratischen Linken und dem Göttinger Bündnis „Gutes Wohnen für Alle“.

Haus an der Königsallee soll sanierungsbedürftig sein

Admir Rama (38) lebt mit seinen neun Kindern und seiner pflegebedürftigen Mutter seit 2008 in dem Haus an der Königsallee. Die Miete für das Gebäude wird vom Jobcenter übernommen. Eigenen Angaben zufolge hatte Rama im August erstmals eine Aufforderung zum Auszug erhalten. Die Begründung: Das Haus sei sanierungsbedürftig. Stadtsprecher Dominik Kimyon bestätigte dies: „Die Heizung ist defekt, die Wände sind von Schimmel befallen“. Die Frist verstrich, ohne dass die Familie auszog. Im Dezember forderte die Stadtverwaltung ein zweites Mal den Auszug – und bot der Familie eine alternative Unterbringung an.

Da es sich jedoch um mehrere Wohnungen handelte und die Familie getrennt hätte wohnen müssen, lehnten die Ramas den Auszug ab. Am Tag des geforderten Auszugs bildete sich im Vorgarten der Familie eine Mensentraube teils linkspolitischer Gruppierungen, die eine mögliche Räumung verhindern wollte. Diese Menschenansammlung bemerkte auf seinem Heimweg auch der Göttinger Ratsabgeordnete Edgar Schu (bis November Mitglied der Linken). Seinem Dafürhalten nach seien die Mängel am Haus kein Grund für einen Auszug der Familie: „Das sind Kleinigkeiten“, sagte er nach einer Besichtigung des Hauses. Schu brachte das Thema in der Freitagssitzung des Rates der Stadt Göttingen ein.

Dort äußerte sich die Sozialdezernentin Anja Krause folgendermaßen zum Thema Ersatzwohnung: „Es ist nicht einfach, für elf Personen eine Wohnung in der passenden Größe zu finden“. Schon seit Februar seien Fristen gesetzt worden, Ausweichquartiere zu finden. Letztlich habe die Stadt eine Option bestehend aus drei Einzelwohnungen gefunden: Innerhalb eines Hauses eine Wohnung im ersten Obergeschoss sowie eine Wohnung im Souterrain für die Mutter. Dazu eine

Wohnung im Nachbarhaus.

Die Stadtverwaltung möchte sich unter Berufung auf den Datenschutz nicht ausführlich zu dem Fall äußern. Man dürfe aber davon ausgehen, „dass es für die Stadt Göttingen Anspruch und soziale Verpflichtung zugleich ist, Wohnraum und Unterkünfte so auszustatten, zu gestalten, zu erhalten und wiederherzustellen, dass den Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse entsprochen wird“, hieß es am Dienstag aus der Pressestelle.

Könnten diese „gesunden Wohnverhältnisse“ nicht mehr gewährleistet werden, entwickle die Stadt Lösungen „unter Berücksichtigung der individuellen Lebensumstände und im Einvernehmen mit den Bewohnern“. Zu weiteren Gesprächen ist es allerdings Admir Rama zufolge in den vergangenen Tagen nicht mehr gekommen.

„Die Häuser denen, die drin wohnen“, skandierten die Demonstranten bei der etwa einstündigen Kundgebung. Gabriel Walter (28) setzt sich ebenfalls für die Familie Rama ein. Er kritisierte, dass die Begründung der Stadtverwaltung fadenscheinig sei: „Für mich sind das vorgeschobene Gründe. Ich war drin – bei den Ramas sieht es besser aus als in meiner eigenen Wohnung“.

Demonstranten wollen Zwangsräumung verhindern

„Ich halte es für wahrscheinlich, dass morgen geräumt werden soll“, sagte die Schwester Zyhrane Rama am Mittwoch. In der Vorwoche hätten Beamte der Stadtverwaltung gefordert, dass die Wohnung am 22. Dezember leer sein müsse. Doch weiterer Protest zeichnet sich ab. „Falls eine Zwangsräumung stattfinden soll, werde ich auf jeden Fall da sein und versuchen, das zu verhindern“, sagte Walter. Neuigkeiten zur Königsallee teilen die Gegner der Räumung in einer Telegram-Gruppe.